sprengt, ja, vernichtet werden könne. Aber die radikalere, sozialdemokratische Nebenregierung, die den geeigneten Augenblick des großen Kampfes nicht abwarten konnte und wollte, war mächtiger als die Verbandsführer. Am Sonnabend, den 7. Januar, gaben diese die Parole aus, nur auf Bruchstraße zu streiken. Am folgenden Montag, den 9. Januar, ging die Nebenregierung vor; sie brachte es früh morgens auf den Zechen Scharnhorst, Gneisenau und Kaiserstuhl fertig, daß die zur Einfahrt kommenden Belegschaften ohne Angabe von Gründen die Arbeit niederlegten. Die Lawine war ins Rollen gekommen, sie sauste weiter und riß in tollem Taumel viele tausende Widerstrebende mit sich in den Abgrund wirtschaftlicher Not und Bedrängnis. Viel hat sicher die Ansicht jener Leute für sich, die meinen, es sei besser, daß dieser Ausstand jetzt gekommen ist, als im bevorstehenden Frühjahr; einmal müsse die Gärung einen Ausweg finden, und so sei es ganz gut, wenn jetzt der ganze Kampf ausgetragen werde und die Geister sich austoben.

Die Folgen des Streiks.

Welchen Einfluß der Streik auf den Eisenbahnverkehr ausübt, erhellt daraus, daß im Bochumer Bezirk von 12. bis 14. Januar 90 Güterzüge ausfielen. Die Dortmunder Behörde lehnte die Stellung der Ordnungsmannschaften seitens der Streikenden ab und will auch die Versammlungsfreiheit insoweit einschränken, als Versammlungen in Lokalen, welche Zechen benachbart liegen, verboten werden sollen. Der Bochumer Verein will 400 bisher auf dem Gußstahlwerk beschäftigte Arbeiter auf seinen Zechen verwenden. Auf Zeche Lothringen kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und Arbeitswilligen. Die Gendarmerie schritt ein; ein Ausständiger wurde durch einen Säbelhieb schwer verletzt. Auch sonst sind Ausschreitungen vorgekommen, aber verhältnismäßig wenig, und die Leitung wie auch die große Masse der Streikenden verurteilen sie aufs schärfste. Daß aber solche Ausschreitungen vorkommen, ist bei einer Zahl von rund 200 000 Streikenden selbstverständlich und unvermeidlich. Uebrigens wird auch in Wort und Schrift auf Seiten der Arbeiter nicht immer das richtige Maß gewahrt. So heißt es z. B. in dem Aufruf des Textilarbeiterverbandes zur Unterstützung der streikenden Bergleute im Ruhrrevier:

Die Macht des Kapitals muß endlich soweit gebrochen werden, daß es die Arbeiter nicht mehr zum Kampfe herausfordert, wie es bei Crimmitschau der Fall war und auch jetzt im Ruhrgebiet der Fall ist. Wohlan! Was vor Jahresfrist nicht gelang — heute muß es gelingen! Auf zum Kampf gegen das übermütig gewordene Kapital, das einmal gründlich und für alle Zeiten gedemütigt werden muß!

Solche radulistischen Redensarten sind nur geeignet, das Gegenteil von dem zu erreichen, was sie bezwecken sollen, und werden deshalb von niemandem ernst genommen werden.

Der Streik und das Ausland.

Nach Aeußerungen eines der hauptsächlichsten Führer der belgischen Kohlenbergwerksarbeiter wird die Kommission der Bergarbeiter-Föderation sich in den nächsten Tagen versammeln, um über die Angelegenheit zu beraten. Es ist zwar anzunehmen, daß bei der schnellen Entleerung der belgischen Vorräte und der hierdurch notwendig werdenden starken Produktion Lohnerhöhungen von seiten der Bergwerksbesitzer vorgenommen werden, aber seit langem schon suchen die belgischen Kohlenbergwerksarbeiter auch den neunstündigen Arbeitstag, ferner die Einrichtung von Schiedsgerichten und Versöhnungsämtern zu erreichen. Letztere sollen vor allem genau zu untersuchen haben, ob die mit dem Steigen und Fallen der Kohlenpreise veränderten Löhne auch wirklich im Verhältnis zu den Kohlenpreisen bleiben. Die Entleerung der belgischen Kohlenvorräte wäre demnach einem Streik zur Erfüllung dieser Wünsche sehr günstig. Doch ist nach der „Frkf. Ztg." hierbei zu bedenken, daß die Frauen angesichts schlechter Erfahrungen bei früheren Ausständen sicher einem Streik entgegenarbeiten würden. Zu einem Beschluß über die Aussichten eines Streiks scheint es den belgischen Arbeitern bis jetzt vor allem an genauen Informationen über die Größe des Kohlenvorrats in Deutschland zu fehlen.

Der russisch-japanische Krieg.

Ausbau und Benutzung der sibirischen Wasserwege.

Der „Schles. Ztg." wird aus Petersburg geschrieben: Nach dem Fall Port Arthurs und der Vernichtung des ersten Geschwaders beruht die einzige Hoffnung Rußlands auf der großen mandschurischen Armee. Rußland setzt daher alles in Bewegung, um diese zu dem nächstens bevorstehenden Kampfe möglichst stark zu gestalten. Die Truppenzahl in Ostasien wird aber begrenzt durch die Leistungsfähigkeit der sibirischen Bahn, als einziger Zufuhrstraße. Da die Anlage eines zweiten Geleises, für welches im Budget 10 Millionen Rubel ausgeworfen sind, nicht so schnell ausführbar ist, daß sie für den gegenwärtigen Krieg noch in Frage käme, müssen andere Mittel gesucht werden, um die Zufuhr für die Armee sicher zu stellen. Das Ministerium des Verkehrs arbeitet daher gegenwärtig einen Plan aus, nach welchem die sibirischen Wasserwege beim Transport der Lasten zu Hülfe genommen werden sollen.

Das Ministerium beabsichtigt zunächst, in Sibirien zur Zufuhr der Lasten an die Flüsse Chausseen zu erbauen. Der Wasserweg, der von der Stadt Tjumen bis Irkutsk in einer Entfernung von 4000 Werst sich erstreckt, soll mittels des Irtysch, des Ob, des Ob-Jenissei-Kanals, des Jenissei, der Angara und anderer Flüsse verwirklicht werden. Man hofft, hierdurch die sibirische Bahn um einige Millionen Pud zu entlasten. Zur Zufuhr der Lasten an die Wasserwege würden etwa 120 000 Pferde erforderlich sein. Ein Teil der Arbeiten soll sofort in Angriff genommen werden, der andere nach Eröffnung der Navigation, also etwa Anfang Mai. Das Ministerium hat zu diesem Zwecke bereits eine ganze Serie flach gehender Barken bestellt. Diese Maßregel scheint bei der Eigentümlichkeit der sibirischen Flüsse, welche zeitweise im Sommer einen sehr niedrigen Wasserstand haben, von höchster Wichtigkeit zu sein. Trotz aller Vorkehrungen wird aber der groß angelegte Plan kaum den erhofften Erfolg haben.

Bereits vor Erbauung der großen sibirischen Bahn hatte man versucht, die sibirischen Wasserwege zu Hülfe zu nehmen. Man beabsichtigte, das Bahnnetz des europäischen Rußlands mit dem zunächstgelegenen Punkt des Amurbahnnetzes, also dem Baikalsee, durch eine Bahn zu verbinden. Hierauf sollte die weitere Verbindung mit Wladiwostok auf Wasserwegen über Strjetensk an der Schilka und über Chabarowsk am Amur hergestellt werden. Auf diese Weise hätte die Bahnlinie von Moskau bis zum Baikalsee etwa 7000 Werst und der daran schließende Wasserweg bis Wladiwostok etwa 2000 Werst betragen. 22 bis 23 Tage wären erforderlich gewesen, um diese Strecke zurückzulegen. Das Projekt, wie verlockend es auch erschien, scheiterte jedoch an der geringen Schiffbarkeit der sibirischen Flüsse. Der Amur, welcher hierbei insbesondere in Frage kommt, ist nur während des Zeitraumes von fünf Monaten schiffbar, aber auch nicht regelmäßig, weil sein Wasserstand wie bei allen nicht regulierten Strömen, fortwährend wechselt. Nach sehr genauen Untersuchungen wurde im Jahre 1896 das erwähnte Projekt endgültig fallen gelassen und die Anlage einer fortlaufenden Bahnlinie bis Wladiwostok beschlossen. Was aber damals nicht möglich war, dürfte jetzt unter dem Drange der Verhältnisse ebensowenig durchführbar sein.

Die erste öffentliche Sitzung der Hullkommission.

Ueber die gestrigen Beratungen im Speisesaale des Pariser Ministeriums des Auswärtigen wurde für einen Teil der Morgenausgabe schon nach einem Telegrammauszug berichtet. Nach der genaueren Depesche erteilte der Vorsitzende, Admiral Fournier, das Wort sofort dem englischen Kommissär O'Brien, der das Exposé seiner Regierung verlas. Darin heißt es:

Jedes Fischerboot, welches sich in der Nacht zum 21. Oktober an der Doggerbank befand, trug in deutlicher Aufschrift hinten seinen Namen. Alle zeigten das vorgeschriebene Licht der Fischerboote und am Schiffshintertteil ein weißes Licht. Die Signale wurden mittels roter, grüner und weißer Lichter gegeben. Gegen Mitternacht gab der Kommandant der Fischerflottille durch eine grüne Rakete das Signal, die Netze auszuwerfen. Die Fischerboote hatten eine Geschwindigkeit von 2½ Knoten. Trotz des Nebels war es keinen Augenblick unmöglich, die verschiedenen Lichter zu sehen. Die Kriegsschiffe gingen in nördlicher und südlicher Richtung vorbei, gaben Signale, beleuchteten die Fischerboote und gaben Feuer. Das Feuer dauerte fort trotz der Signale der Fischerboote. Die Russen gingen dann weiter, ohne Hülfeleistung anzubieten. Das russische Schiff „Aurora" wurde durch russische Geschosse getroffen. Auf den Fischerbooten befand sich kein Kriegsmaterial. Kein Japaner befand sich an Bord derselben und ebensowenig war ein japanisches Kriegsschiff in der Nordsee. Ein Fischerboot ging unter, fünf erlitten Havarie. Zwei Mann der Besatzung wurden getötet, sechs verwundet. Die Fischerboote ließen sich keine Herausforderung zu Schulden kommen.

Der russische Kommissar Nekludow verlas das russische Exposé und erklärte, daß die Ministerien der Marine und des Aeußern seit langer Zeit davon unterrichtet waren, daß die Japaner versuchen würden, die russische Flotte bei der Durchfahrt durch den Nordseekanal anzugreifen. Der Bericht schließt: „Admiral Roschdjestwenski hatte unbedingt das Recht und die Pflicht, so zu handeln, wie er tat, trotz der Möglichkeit, neutrale und nichtoffensive Fischer zu schädigen". Darauf wurde die Sitzung aufgehoben; die Kommission vertagte sich bis zur Mitte nächster Woche, wo alsdann die Zeugenverhöre beginnen.

Der Notenwechsel über Chinas Neutralität.

Dem Staatssekretär Hay, der Roosevelts Friedenskonferenzpolitik durch die Bevormundung Chinas sehr betriebsam fortsetzt, hat der russische Botschafter in Washington, Graf Cassini, eine zweite antichinesische Note zugestellt. Diese russische Antwort soll die bereits bekanntgegebenen Beschwerdegründe gegen China wiederholen und durch beweisende Darlegungen stützen. Der Pekinger Korrespondent des Reuterschen Bureaus telegraphiert, die chinesische Regierung beklage, daß sie keine Mitteilung der russischen Note erhalten und daher von den speziellen Beschuldigungen gegen sie keine Kenntnis habe. In diplomatischen Kreisen sei man allgemein der Ansicht, daß China aufrichtige und beständige Anstrengungen gemacht habe, Neutralität zu bewahren. Es sei unbillig, die chinesische Regierung für das Verhalten der Chunchusen oder anderer Leute, über die China keine Macht habe, verantwortlich zu machen. Die Neutralitätsfrage habe keinen Einfluß auf die Möglichkeit einer freundenfeindlichen Bewegung unter den Chinesen.

Hay forscht die Mächte aus.

Das Bureau Reuter versendet die folgende Depesche aus Washington: „Vor kurzem wurde berichtet, daß einige Mächte beabsichtigten, ihre Besitzungen in China nach Beendigung des Krieges zu erweitern, um das Gleichgewicht im fernen Osten zu erhalten. Eine Folge des Krieges solle, wie behauptet wird, die Aenderung der chinesischen Grenze sein. Ein Rundschreiben des Staatssekretärs Hay stützte sich auf diese Gerüchte und hatte zur Folge, daß nunmehr alle Mächte endgültig eine derartige Absicht in Abrede gestellt haben." — Diese Depesche ist eine ausführlichere Fassung der Meldung, die wir in einem Teil der Morgenausgabe veröffentlichten. Sie beweist, daß der amerikanische Staatssekretär in seiner Sucht, sich als internationalen Schiedsrichter und Kontrolleur zu betätigen, ein ausgebildetes System hat.

Die Möglichkeit eines Friedensschlusses

erörtert ein russischer Journalist Sirotnjetnikow in einem Briefe an die „Nowoje Wremja". Er gelangt zu der Schlußfolgerung, der Frieden sei jetzt unmöglich und wahrer Wahnsinn. Japan hat die Mandschureiprovinz bereits erobert und vom Meer bis zum Flusse Schaho in den Händen, Port Arthur, Talny, Jinkou und das Ufer des Liaho, kurz zwei Drittel des fruchtbaren Mukdentales, das allein für 18 Millionen Menschen Getreide hervorbringt. Rußland hat nur 52 000, dagegen Japan 78 000 Quadratwerst der Provinz Mukden mit 4 Millionen Chinesen in den Händen. Diese zahlen bis zum Kriegsausbruch 76 Kopeken pro Kopf an Rußland. Falls Japan den Chinesen dur die gleiche Steuer auferlegt wie Rußland, so erhielt Japan bereits jetzt 40 Millionen Rubel per Jahr. Ferner nimmt Japan sofort das Zollwesen, sowie Handel und Industrie in seine Hände und wird faktisch Herr der Mandschurei wie der Mongolei, wo auf Kosten der Chinesen eine große Armee organisiert wird zur Eroberung Sibiriens. Wenn also Japan schon zufrieden ist mit dem, was es bis jetzt erobert hat, so ist es bereits fähig, 4 Armeekorps auf Kosten der örtlichen Bevölkerung zu halten. Japan führt Krieg seit 345 Tagen. Jeder Tag kostet zwei Millionen Rubel, folglich nicht weniger als 700 Millionen insgesamt. Diese Summe muß zurückerobert werden, doch ist das nicht genug. Japan erhält noch Korea mit dessen Außenhandel von 30 Millionen Rubel und mit zehn Millionen Einwohner. Folglich ergebe ein jetziger Friedensschluß, daß Japans Herrschaft im Stillen Ozean ein um 200 Millionen Rubel vergrößertes Jahresbudget erreichen würde.

Der Dampfer „Australie"

mit dem General Stössel an Bord traf gestern abend in Schanghai ein. Die Hälfte der Offiziere wird auf einem anderen Dampfer ihre Reise nach Europa fortsetzen; die „Australie" wird auch Saigoon anlaufen.

Aus Korea.

Der „Daily Telegraph" meldet aus Söul vom 18. Januar: Die Not ist im Distrikte Hamheung infolge der beständigen Truppenbewegungen groß. Die Russen haben viele Häuser niedergebrannt; Hamheung ist von den Koreanern vollständig verlassen und von den Japanern besetzt worden, die das Dorf befestigt haben. Die Japaner und Russen stehen einander sehr nahe gegenüber. — Ueber den Tumen-Fluß haben die Russen eine Pontonbrücke geschlagen.

Der niederländische Seeschlepper „Zwarte Zee"

ist nach einer Kieler Meldung des „B. T." vom Konsul Diederichsen für Rußland erworben worden und bereits nach Libau abgegangen. Angeblich soll das Schiff das dritte russische Geschwader nach Ostasien begleiten.

Politische Tagesschau.

Leipzig, 20. Januar.

Kanalfragen.

Durch die Behauptung, die Teutonot werde durch den Kanalbau befördert, hat mehr als ein Landwirt Hannovers sich verleiten lassen, den Bau des Kanals Rheinland-Hannover für verderbenbringend zu erklären. Nun hat sich aber bei allen größeren Kanalbauten der Neuzeit, so auch namentlich bei dem Bau des die Provinz Hannover auf eine große Strecke durchziehenden Kanals Dortmund-Emshäfen, gezeigt, daß die einheimische Bevölkerung sich nur in sehr geringem Maße an den Erdarbeiten — und diese kommen doch nur in Betracht — beteiligt. Die Erfahrung hat vielmehr gelehrt, daß den im allgemeinen nur an leichtere Arbeit gewöhnten Landarbeitern schon nach kurzer Frist in den Erdschächten des Kanalbaus Lust und Kräfte bei der ungewohnt schweren Arbeit ausgingen. Uebrigens sind aber die großen Kanalbaugesellschaften bezw. der Staat gerade zu den Erntezeiten, wo der Arbeitermangel für die Landwirte am empfindlichsten ist, diesen in der Nachbarschaft des Kanals durch zeitweise Abgabe von Arbeitern bereitwilligst zu Hülfe gekommen. Wie bei so vielen ihrer Behauptungen, sind die Kanalgegner auch in Bezug auf die eben besprochene angebliche Vergrößerung der Teutonot durch Kanalbauten eben den Beweis schuldig geblieben. — Zeitungsberichten zufolge hat dann ein Redner in einer westpreußischen Versammlung geäußert, der Kanal bringe die sozialdemokratische Gefahr den von dieser noch nicht bedrohten Gegenden auf den Hals. Wenn der Redner diese Behauptung auch nicht gerade damit begründet zu haben scheint, daß sozialdemokratische Ideen zu Wasser rascher oder billiger verfrachtet würden als zu Lande, so scheint er doch darauf hingewiesen zu haben, daß Kanäle nur der Industrie zu gute kämen, und daß die Einführung von Industrie in die von diesen bisher „verschont" gebliebenen Gegenden für die Sozialdemokratie günstig wirke. Darauf ist nun doch, wie uns geschrieben wird, einiges zu entgegnen: Erstens läuft der Kanal Rhein-Hannover der Küste, von der die Haupteinfuhr fremder landwirtschaftlicher Produkte erfolgt, parallel und kann diese daher, wie rechnungsmäßig in der Kanalvorlage nachgewiesen ist, in kaum nennenswertem Maße begünstigen; wohl aber liefert er der Landwirtschaft ihre Konsumartikel billiger und nützt also auch ihr. Zweitens dezentralisiert, wie ebenfalls in der Regierungsvorlage ziffernmäßig schlagend nachgewiesen ist, ein Kanal die Industrie. Die in dieser beschäftigten Arbeiter haben vielfach eigenen Grund und Boden erworben und sind sozusagen im Nebenberuf selbst kleine Landwirte geworden, während die bei ihrer ländlichen Beschäftigung verbliebenen Besitzer, gerade weil ihnen die Industrie „auf den Hals" gerückt ist, für viele ihrer Produkte rascheren und schon deshalb lohnenderen Absatz finden. Eisenbahnen hingegen begünstigen die Vergrößerung oder die Neuschaffung von Industriezentren. Drittens schützt, wie wir in Italien, Spanien und Ungarn sehen können, eine rein landwirtschaftliche Tätigkeit die Bevölkerung durchaus nicht vor sozialistischen Beeinflussungen.

„Die Partei der Autorität."

Zu der Einigung der nichtultramontanen und nichtsozialdemokratischen Parteien in Bayern schreibt das führende bayerische Zentrumsblatt („Bayer. Kurier"):

„Es dürfte nicht übersehen werden, daß auch die „Münchner Post" die liberale „Einigung" nur betrachtet unter dem Gesichtspunkte einer bayerisch-protestantischen Union. So ist es. Es handelt sich um die Einigung der bayerischen Protestanten (geschützt vom Evangelischen Bunde) mit jenen, welche den „Ultramontanismus" als sogenannte Liberale deshalb bekämpfen, weil er die Partei der Autorität, die Partei des gläubigen Volkes und die Partei der Freunde des Rechtes und der Freiheit ist."

Eine größere Anerkennung als die eben ausgedrückte, dürfte dem Evangelischen Bund in Bayern noch selten zuteil geworden sein. Außerordentlich komisch klingt es, wenn die Partei, welche sich nun definitiv mit der Sozialdemokratie verbrüdert hat, sich die „Partei der Autorität" nennt.

Zwischen den Ministerien.

Aus Paris, vom 19. Januar, schreibt unser ‡-Korrespondent:

Die Oeffentlichkeit beschäftigt sich nur mit dem Brief, durch den Combes dem Präsidenten Loubet ein Blocministerium aufzwingen wollte, das gewisse dem abgehenden Ministerpräsidenten persönlich verhaßte Deputierte nicht enthalten dürfte. Einzig die „Petite République" sieht das Urlaubsgesuch für eine Tat an und schreibt, seinen Freunden hinterlasse Combes seinen Brief als Vermächtnis, seinen Feinden gebe er noch einen letzten Wink, indem er die Auflösung von 400 kongreganistischen Etablissements anordne; so habe er Gewißheit dafür, daß niemand ihn vergesse. Von den antiministeriellen Zeitungen bietet der „Siècle" am meisten Haß auf. Er meint, wenn Combes je seine Unfähigkeit zur Regierung erwiesen habe, dann sei es in diesem Brief geschehen. Niemals, seit dreißig Jahren, habe das parlamentarische Regime ein solches Dokument hervorgerufen: die Ausschreitung des Ministerpräsidenten sei um so größer, als er zur Ueberlegung und zur Niederschrift drei Tage Zeit gehabt habe. Von den Radikalen und radikalen Sozialisten wird in den Plan eines Ministeriums Rouvier Bresche geschlagen; heute wird Sarrien, der Vorsitzende der radikalen Linken, angelegentlich empfohlen. Die von Combes gekränkten Dissidenten sind nicht untätig gewesen; sie wehren sich gegen einen Ausschluß mit Händen und Füßen. — Berichtet wird, daß Loubet den versiegelten Abschiedsbrief des Herrn Combes erst nach dessen Entfernung erbrochen und gelesen habe. Die Sozialisten und die Gruppe Breuveu-Martin agitiert für einen öffentlichen Anschlag des Briefes, um diesen als markantes Programm erscheinen zu lassen. — Auf dem Friedhofe Père-Lachaise wurde, wie jedes Jahr, auf dem Grabmal des Exrepublikaners Charles Floquet, des ehemaligen Kammerpräsidenten, ein Kranz niedergelegt. Maurice Faure hielt die Rede, die zu erwähnen ist, weil der Freund Floquets nur Bosheiten gegen den gleichfalls anwesenden Doumer sagte. Von den „Nutznießern der Revolution", nach dem Wort Camille Desmoulins, von den „Eroberern der persönlichen Vorteile" war zu hören, und leuchtend hob sich, um Doumer zu zerknirschen, das Bild des toten Floquet davon ab.

Deutsches Reich.

Berlin, 20. Januar.

* **Die Sammlungen für einen deutschen Nationalschatz**, zu denen der Deutsche Ostmarkenverein im Interesse der Stärkung und Förderung des Deutschtums in den Ostmarken aufgerufen hat, nehmen einen erfreulichen Fortgang. Namentlich die Führer des Ostmarkenvereins haben diesem deutschen Nationalschatz große Summen überwiesen. So schickte Landeskonsumrat Kennemann 5000 ℳ, Major v. Liebemann-Seeheim 5000 ℳ, Gesandter Raschdau 3000 ℳ. Erhebliche Beiträge werden auch von anderer Seite geleistet. Aus Breslau wurden zweimal je 500 ℳ geschickt, Geheimer Kommerzienrat Haardt sandte ebenfalls 500 ℳ, Frau Geh. Rat Brunner 200 ℳ. Es steht zu hoffen, daß die hochherzigen Stifter dieser Beiträge in Preußen und im Reiche Nachfeierung wecken, damit der deutsche Nationalschatz für die Ostmarken die imposante Höhe erreicht, die Aktionen größeren Stiles ermöglicht.

* **Zentralauskunftsstelle für Auswanderer.** Dem im Reichstage eingegangenen Geschäftsbericht der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer vom 1. Oktober 1903 bis 30. September 1904 ist zu entnehmen: In der Organisation ist seit dem vorigen Jahre eine Aenderung nicht eingetreten. Die Auskunftsstelle hat in der angegebenen Zeit 2780 schriftliche und 528 mündliche, im ganzen also 3308 Auskünfte erteilt. Von den schriftlichen und mündlichen Anfragen kamen aus dem Königreich Preußen 2152, aus Elsaß-Lothringen 22, aus den anderen deutschen Bundesstaaten 917, aus den deutschen Kolonien 7, aus dem Auslande 200. Von den Anfragen bezogen sich 2348 auf die deutschen Kolonien, 1111 auf Amerika, 9 auf Afrika, 80 auf Asien, 24 auf Australien, 41 auf das europäische Ausland, 447 auf das Ausland im allgemeinen, in Summa 4150. Die Summe der Anfragen nach den verschiedenen Ländern übersteigt die Gesamtsumme der schriftlichen und mündlichen Anfragen, und das erklärt sich daraus, daß sich die Anfragen in verschiedenen Fällen auf mehrere Länder bezogen. Mehr als zwei Drittel der Anfragen, 2948, bezogen sich auf die Schutzgebiete, von denen Südwestafrika mit 675 Anfragen weitaus an der Spitze stand. Die nach Deutsch-Südwestafrika anfragenden Personen wurden benachrichtigt, daß bis zur Beendigung des Aufstandes der Eingeborenen eine Auswanderung dorthin ausgeschlossen sei, und es wurde denselben anheimgestellt, später nochmals anzufragen, da die künftige Gestaltung der dortigen Verhältnisse zur Zeit nicht zu übersehen sei. Wie im Vorjahre, hat das Auswärtige Amt die Auskunftsstelle in den Stand gesetzt, solche Anfragen, für die das bereits vorhandene, wertvolle Material nicht ausreicht, durch Einziehung von Berichten der auswärtigen Vertretungen, die der Auskunftsstelle zugänglich gemacht wurden, beantworten zu können.

* **Der Bundesrat** versammelte sich am Donnerstag zu einer Plenarsitzung; vorher hielten der Ausschuß für

---

„Allein?"

„Zu meiner Ueberraschung — ja", erwiderte Boris nachdenklich. „Aber das will nichts sagen", fügte er zu sich selbst sprechend hinzu.

„Wie meinen Sie das, Mr. Suwarow?" fragte Claire, in der Hoffnung, auf eine neue Fährte zu kommen.

Indessen hatte Suwarow einen Plan gefaßt. Er wollte doch einmal sehen, ob seine Vermutung, Claire sei hinter Burton und nicht hinter Mrs. Hamilton her, richtig wäre.

„Nun", erwiderte er anscheinend gleichgültig, „ich hatte immer geglaubt, Mrs. Hamilton sei mit einem Lord Burton davon — abgereist. Kennen Sie Lord Burton?" fügte er schnell hinzu und faßte sie scharf ins Auge.

„Nein", erwiderte Claire ganz ruhig. „Aber Sie müssen ihn kennen, sonst würden Sie das alles nicht wissen. Wer ist Lord Burton?"

Suwarow mußte ein sehr dummes Gesicht gemacht haben, um Claires Lachmuskeln so zu reizen.

Jedenfalls lachte sie ihm plötzlich direkt ins Gesicht. Er wurde rot.

„Wer Burton ist? Ein Kerl, der mit meiner Braut, wollte sagen, Mrs. Hamilton durchgebrannt ist. Wenn ich den je erwische —"

Claire sah plötzlich sehr interessiert aus.

„Wieso wissen Sie, er ist mit ihr durchgebrannt?" fragte sie vorsichtig.

„Er verschwand am selben Tage. Und in seinem Bureau hieß es, er sei auf „unbestimmte Zeit" verreist!" erwiderte Suwarow hastiger als unbedingt nötig.

„Sie ließen wohl anfragen?"

„Ich schrieb, ich wolle ihn sprechen — obwohl ich ihn nicht kannte. Nur, um zu hören —"

„Ah — so — h —!" Claire atmete tief auf.

Gott sei Dank — das war aufgeklärt.

„Und jetzt", meinte Suwarow, „Ihr famoses Geheimnis. Was ist es mit dem Kahn?"

Claire dachte eine Weile nach, ehe sie antwortete. Welchen Grund hätte sie, dieses Weib zu schonen. Sie würde Suwarow alles erzählen. Was sie sich nicht zu deuten versteht, wird für ihn jedenfalls klar sein.

Und wenn dadurch Mrs. Hamiltons Pläne gekreuzt würden — um so besser.

Und sie erzählte —, erzählte alles! Wort für Wort, wie sie es von Sullivan gehört!

— — — — — — — — — — — — — —

Suwarow saß da, — sprachlos, wie vom Schlage getroffen und starrte nur immer Claire an, so daß der Angst und Bange wurde. Diese Wirkung ihrer Worte hatte sie nicht vermutet.

Was ging indessen in Suwarows Schädel vor? Mit blitzartiger Geschwindigkeit arbeitete sein Gehirn.

„Man hatte ihn betäubt, um die Kombination zum Chiffrebuch zu stehlen. Das Chiffrebuch, war kopiert!! Die Della Torre stand also im Sold der Japaner! War vielleicht eine japanische Spionin!" Kaum hatte er den Gedanken gefaßt, so wurde er auch schon zur Gewißheit.

„Allmächtiger! So war's! Burton gehörte dazu! Warum nicht! Die befreundete englische Regierung! Gewiß, so war's! Und jetzt waren sie zusammen in Petersburg und spionierten weiter!"

Er war ganz blaurot im Gesicht, so daß Claire einen Schlaganfall befürchtete.

„Fräulein — ich bitte Sie bei allem, was Ihnen heilig ist — kennen Sie Lord Burton?" zischte Suwarow endlich hervor.

Claires einziger Gedanke war jetzt: Harry schützen. Sie konnte ja den Zusammenhang nicht ahnen.

„Nein, — wirklich nicht!" versicherte sie.

„Ich danke Ihnen!" Suwarow erhob sich etwas schwerfällig. „Bitte verlassen Sie mich jetzt!"

Und er komplimentierte sie zur Tür hinaus. — —

Sehr beunruhigt bestieg Claire ihre Droschke, um nach Hause zu fahren.

„Mir ist ganz angst", murmelte sie „Was habe ich hier wohl angerichtet!" Daß ihre Worte etwas entsetzliches, ungeahntes, enthalten haben mußten, das wußte sie instinktiv. — — — — — — — — — — — —

In seinem Zimmer ging Suwarow auf und nieder und versuchte, sich zu beruhigen.

„Kalt Blut!" wiederholte er laut einmal über das andere Mal. „Jetzt nur kalt Blut! Wartet! Boris Suwarow wolltet Ihr zum besten halten! Das sollt Ihr büßen!"

Er setzte sich hastig an den Tisch und fing an, ein Telegramm aufzusetzen. Im nächsten Moment zerriß er es wieder.

„So geht's nicht!" murmelte er. „Das ist alles nicht sicher genug, — auch für mich nicht! Ich muß nachdenken! Nur kalt Blut — und nachdenken."

Und er nahm seinen ruhelosen Gang wieder auf.

— — — — — — — — — — — — — —

Als Claire Ashton nach Hause zurückgekehrt, ihr Zimmer betrat, gewahrte sie mitten auf ihrem Schreibtisch einen Brief. Pochenden Herzens eilte sie darauf zu. Er war richtig an C. A. 50 adressiert! Aber — die Postmarke war eine deutsche.

Schnell warf sie Hut und Kape zur Seite, doch als sie den Brief aufbrechen wollte, zitterten ihre Hände so heftig, daß sie sie einen Moment auf dem Tisch ruhen ließ.

Was würde der Brief enthalten. Enthielt er endlich die Information, die Harry befreien würde? Warum war die Marke eine deutsche?

Da raffte sie sich auf.

„Du willst eine Amerikanerin sein?!"

Das zog. Sie öffnete den Brief und las ihn. Und je weiter sie kam, desto bleicher wurde sie.

„Großer Gott, — was habe ich da getan!" stöhnte sie plötzlich laut auf. Dann faßte sie einen Entschluß.

Sie blickte auf die Uhr. Es war vier Uhr vorbei.

„Tut nichts", murmelte sie, „es muß gehen!"

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.